



Peter Beule (Hrsg.)

Demokratie erlebbar machen – aber wie?

**Die Frankfurter Paulskirche und das „Haus der
Demokratie“ als Herausforderung und Chance**

Peter Beule (Hrsg.)

Demokratie erlebbar machen – aber wie?

Die Frankfurter Paulskirche
und das »Haus der Demokratie«
als Herausforderung und Chance

Beiträge aus dem
Archiv der sozialen Demokratie
Heft 14

Friedrich-Ebert-Stiftung
Archiv der sozialen Demokratie

IMPRESSUM

Beiträge aus dem **Archiv der sozialen Demokratie**

herausgegeben von Anja Kruke
Archiv der sozialen Demokratie
der Friedrich-Ebert-Stiftung
Godesberger Allee 149
53175 Bonn

Kostenloser Bezug beim Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung
public.history@fes.de
<https://www.fes.de/bibliothek/fes-publikationen>

Mit dem Erscheinen dieses Bands der »Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie« verbunden ist der Abschluss der Schriftenreihen »Gesprächskreis Geschichte« und »Veröffentlichungen der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung«. In beiden Reihen werden keine weiteren Bände erscheinen.

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung der Herausgeberin nicht gestattet. Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

© 2022 by Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Redaktion:
Dr. Peter Beule

Gestaltung und Satz:
PAPYRUS – Lektorat + Textdesign, Anja Rosenthal, Buxtehude

Umschlag:
Maya Hässig, Köln

Bildnachweise (Umschlag):
Vorderseite: Paulskirche in Frankfurt; Rechte: picture alliance/dpa/Arne Dedert
Rückseite: Paulskirche am 4. August 2017 (Manifest); Rechte: picture alliance/dpa/
Arne Dedert

Druck:
Druckerei Brandt GmbH, Bonn

Printed in Germany 2022

ISBN 978-3-98628-067-3
ISSN 1431-6080

Inhalt

Peter Beule

Vorwort 5

Christoph Cornelißen

Die Paulskirche und die Pläne für ein Demokratiezentrum in
Frankfurt am Main 7

Nicole Deitelhoff/Helena Hirschler

Lebendiger Demokratieort Paulskirche!
Ideen für das Demokratiezentrum Paulskirche
»Haus der Demokratie« 18

Kurzstatements

• **Ina Hartwig** 29

• **Andreas Dickerboom** 33

• **Michael Küppers-Adebisi** 36

• **Paula Macedo Weiß** 38

Peter Beule

Vorwort

Am 18. Mai 1923, dem 75. Jahrestag des Zusammentritts der deutschen Nationalversammlung, hielt Friedrich Ebert als Reichspräsident der Weimarer Republik eine Rede in der Frankfurter Paulskirche, in der er die Leistungen des ersten deutschen Parlaments von 1848 würdigte. Das Paulskirchenparlament sei, so Ebert, »ein Denkstein geworden, der weit und sichtbar hineinragt in die weitere Entwicklung des staatlichen Lebens der Nation.« Ebert sah in dem unvollendeten Werk der Nationalversammlung auch eine Chance: Der von der Paulskirche ausgehende »Geist der Einigkeit, der Freiheit und des Rechts [...] soll uns einer besseren Zukunft entgegenführen«.¹

Die Geschichte der Paulskirche sowie die Geschichte der Zerstörung der Weimarer Republik verdeutlichen die Hürden und die Widerstände, die mit der Entwicklung hin zur Demokratie verbunden waren. Und Eberts formulierte Hoffnung – die zu seiner Zeit enttäuscht wurde – verweist zudem darauf, dass die Frage, wie wir Demokratiegeschichte erinnern und erzählen, unmittelbar verbunden ist mit der Frage nach der Stabilisierung und der Weiterentwicklung der Demokratie in Gegenwart und Zukunft.

Die Frankfurter Paulskirche ist einer der bedeutendsten Orte der deutschen Demokratiegeschichte. Am 18. Mai 1848 trat hier das erste frei gewählte deutsche Parlament zusammen und verabschiedete die erste demokratische Verfassung Deutschlands. Vor dem Hintergrund des 175. Jahrestags dieses herausragenden Ereignisses im Jahr 2023 und den Plänen für die notwendige Sanierung der Paulskirche ist eine lebendige Debatte über ihre zukünftige Ausgestaltung entstanden. Neben der geplanten Sanierung soll ein neues Demokratiezentrum in unmittelbarer Nähe der Paulskirche entstehen, ein »Haus der Demokratie«, das die Geschichte der deutschen Freiheitsbewegungen von 1815 bis 1989 museal und medial präsentieren und die Paulskirche zu einem lebendigen Demokratieort weiterentwickeln soll.

¹ Die Rede ist vollständig abgedruckt in: *Ulrich Thürauf* (Hrsg.), *Schulthess' Europäischer Geschichtskalender*, Bd. 64, München 1923, S. 103–104.

2019 regte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier dazu an, die Paulskirche zu einer »modernen Erinnerungsstätte für die Demokratie« zu machen, zu einem »Erlebnisort, der Wissen, Bildung und Debatte verbindet«. ² Wie können also Demokratiegeschichte und die Werte der Demokratie vermittelt werden? Wie kann ein differenziertes und nachhaltiges Bild der deutschen Demokratiegeschichte gezeichnet werden? Wie müsste ein Lernort gestaltet sein, der Demokratie als gesellschaftliche Praxis erlebbar und zugänglich für alle macht?

Um diese Fragen zu diskutieren, haben wir als Archiv der sozialen Demokratie gemeinsam mit dem Landesbüro Hessen der Friedrich-Ebert-Stiftung am 5. Oktober 2021 die Veranstaltung »Demokratie erlebbar machen – aber wie? Die Frankfurter Paulskirche und das ›Haus der Demokratie‹ als Herausforderung und Chance« in Frankfurt durchgeführt. Dabei ging es darum, Menschen miteinander ins Gespräch zu bringen, die in verschiedenen Funktionen und aus unterschiedlichen Perspektiven auf die Paulskirche blicken und sich an der Debatte über ihre zukünftige Ausgestaltung beteiligen: zivilgesellschaftliche Akteure, Wissenschaftler_innen und politische Entscheidungsträger_innen. Die in dieser Broschüre abgedruckten Beiträge von Christoph Cornelißen, Professor für Neueste Geschichte an der Goethe-Universität in Frankfurt, und Nicole Deitelhoff, die als Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Leibniz-Instituts Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) eine Konzeptstudie zum geplanten Demokratiezentrum vorgelegt hat, gehen auf diese Veranstaltung zurück. Weitere Gesprächspartner_innen waren Ina Hartwig, Dezernentin für Kultur und Wissenschaft der Stadt Frankfurt am Main, Paula Macedo Weiß, Präsidentin der Stiftung Museum Angewandte Kunst und Mitgründerin des »Netzwerks Paulskirche«, Andreas Dickerboom, Sprecher von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Rhein-Main, und Michael Küppers-Adebisi, Autor, Kurator, Performancekünstler und Gründungsvorstand von Decolonize Berlin e.V. Ihre Diskussionsimpulse sind in dieser Broschüre in Form von Kurzstatements ebenfalls wiedergegeben.



Dr. Peter Beule

Referent im Referat Public History
des Archivs der sozialen Demokratie
der Friedrich-Ebert-Stiftung.

² Frank-Walter Steinmeier, Deutsch und frei, in: *Die Zeit*, 14. März 2019.

Christoph Cornelißen

Die Paulskirche und die Pläne für ein Demokratiezentrum in Frankfurt am Main*

Die Paulskirche steht seit einigen Jahren erneut im Fokus breiter öffentlicher Debatten. Ein Grund ist dafür die überfällige technische Sanierung des in die Jahre gekommenen Gebäudes, dessen Renovierung seit 2017 nicht nur auf die Agenda der städtischen Politik gerückt ist, sondern auch interessierte Architekten und andere Expertengruppen beschäftigt. Von einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern dieser Debatten wird diese Lage als ein »Gelegenheitsfenster« begriffen, um die aus ihrer Sicht fehlgeschlagene Wiederaufbaulösung der Jahre 1947 und 1948 zu korrigieren. Dass freilich eine Rekonstruktion der historischen Stätte zur besseren Sichtbarmachung der Nationalversammlung von 1848 verschiedene Tücken aufweist, ja leicht einer mythischen Verklärung der Revolutionsereignisse aufsitzen kann, wird in einer jüngst publizierten »politischen Architekturgeschichte« der Paulskirche deutlich herausgearbeitet. Die Autoren betonen außerdem, dass das als Symbol der neuen Demokratie im Stil der Moderne errichtete Gebäude der Rekonstruktionsargumentation durchaus eine eigenständige und bis heute gültige Botschaft entgegensetzen könne.¹

Ein weiterer Grund für die neuerlichen Debatten um die Paulskirche hängt mit dem historischen Jubiläum im Jahr 2023 zusammen, steht doch die 175-Jahr-Feier der 1848er-Nationalversammlung ins Haus.² Im Hinblick darauf wirkt freilich auf viele gegenwärtige Beobachter erstaunlich, wie spät die Planungen dafür in Gang gekommen sind. Von städtischer Seite wird zurzeit eine Großveranstaltung in der Paulskirche vorbereitet, deren genaue Ausgestaltung aber noch nicht feststeht, und auch in wissenschaftlichen Kreisen fällt das Engagement bislang eher verhalten

* Die hier wiedergegebenen Überlegungen beruhen auf meinem Impulsstatement, das ich am 5. Oktober 2021 auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Frankfurt am Main gehalten habe. Der gesprochene Text wurde weitgehend beibehalten.

1 Vgl. *Maximilian Liesner/Philipp Sturm/Peter Cachola Schmal* (Hrsg.), *Paulskirche. Eine politische Architekturgeschichte*, Frankfurt am Main 2019.

2 Vgl. *Evelyn Hils-Brockhoff/Sabine Hock*, *Die Paulskirche. Symbol demokratischer Freiheit und nationaler Einheit*, 2. Aufl., Frankfurt am Main 2004.

aus. Gleichwohl ist inzwischen auf nationaler Ebene eine breite öffentliche Diskussion über »Orte der Demokratie« in Gang gekommen, die einerseits auf Impulsen zivilgesellschaftlicher Organisationen beruht. Seit 2017 engagiert sich beispielsweise die Arbeitsgemeinschaft »Orte der Demokratiegeschichte« dafür, viele Stätten der freiheitlich-demokratischen Geschichte in Deutschland in der Öffentlichkeit besser bekannt zu machen.³ Andererseits haben sich vor dem Hintergrund wachsender politischer und gesellschaftlicher Spannungen verschiedene Stimmen aus der Politik gemeldet, die von einem Rückbezug auf die Geschichte der Demokratie sowie von der Intensivierung öffentlicher Debatten eine Stärkung der freiheitlichen Ordnung in unserem Land erwarten. Dabei weisen sie der Paulskirche eine herausgehobene Rolle zu. In diesem Sinne erklärte von oberster Warte aus Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im Sommer 2020 die Zukunft der Paulskirche zur »nationalen Aufgabe« und verknüpfte damit den Wunsch, dies mit dem Aufbau eines »Demokratiezentrums« in Frankfurt am Main zu verbinden.

Auf einem Treffen im Schloss Bellevue im August 2020, an dem unter anderem Kulturstaatsministerin Monika Grütters und Frankfurts Oberbürgermeister Peter Feldmann teilnahmen, unterstrich der Bundespräsident erneut sein Interesse daran, die Frankfurter Paulskirche zu einem zentralen Erinnerungsort deutscher Demokratiegeschichte zu machen.⁴ An seiner Seite verwandte sich Kulturstaatsministerin Monika Grütters für die Gründung einer Bundesstiftung »Orte der deutschen Demokratiegeschichte« mit Sitz in Frankfurt am Main. Im November 2020 erläuterte sie dieses Begehren in einem Beitrag für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und verknüpfte damit eine Reihe von Vorschlägen. Aus Sicht der inzwischen im Amt abgelösten Kulturstaatsministerin war die Paulskirche heute eher als ein Ort demokratischer Debattenkultur im öffentlichen Bewusstsein präsent denn als Ort der Demokratiegeschichte; die Gestaltung der Paulskirche, merkte sie kritisch an, sei geradezu »ein erinnerungspolitisches Desaster«.⁵

3 Zu den Mitgliedern, der Gründungsgeschichte und aktuellen Projekten, vgl. URL: <https://www.demokratie-geschichte.de> [18. Januar 2022].

4 *Süddeutsche Zeitung* vom 27. August 2020, »Paulskirche zu Demokratiegeschichte machen«, URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/bundespraesident-berlin-steinmeier-paulskirche-zu-demokratiegeschichte-machen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200827-99-331473> [18. Januar 2022].

5 *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 25. November 2020, Monika Grütters, »Das Ringen um Freiheit zeigen«, URL: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/das-ringen-um-freiheit-zeigen->

Bei dieser Einschätzung konnte sie sich auf die Ausführungen einer Experten-
gruppe um den Politikwissenschaftler Herfried Münkler berufen, die ebenfalls in
einem Beitrag für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* die »fehlende Aura« der
Paulskirche beklagt hatte. Um diesem Missstand abzuhelpfen, schlugen sie zum
einen vor, dem Saal im Obergeschoss wieder »einen Hauch der Geschichte« zu
verleihen, durch Art und Anordnung der Bestuhlung, die Gestaltung der Wände
sowie das Einbringen zusätzlicher Elemente mit Bezug auf die Nationalversamm-
lung. Zum anderen plädierten sie für die Einrichtung eines »Hauses der Demo-
kratie« als Lernort und Ort der Kommunikation, wo in einer ergänzenden und
komplementären Beziehung zur Paulskirche die Verbindungen zu den revolutio-
nären Vorgängen in allen Teilen Deutschlands, zu den anderen Revolutionen in
Europa ebenso wie zur Geschichte der Frankfurter Revolten hergestellt werden
könnten.⁶

Auf der Grundlage dieser Vorüberlegungen berief Kulturstaatsministerin Grüt-
ters im August 2021 eine Expertenkommission ein, deren Beratungen noch weit-
gehend am Anfang stehen.⁷ Nur eines steht schon jetzt fest: Bis zu den Feierlich-
keiten im Jahr 2023 wird es mit einem substanziellen Umbau oder auch einer
neuen Gestaltung der Ausstellung im Untergeschoss der Paulskirche kaum etwas
werden. Dieses unbefriedigende Ergebnis passt zu der insgesamt wechselvollen
Geschichte eines Kirchenbaus, der nach seiner Aufwertung zur Hauptbühne der
1848er-Revolution lange eher im Schatten der Geschehnisse ganz anderer Orte
stand, bevor er bei den Bombenangriffen auf Frankfurt im Main im Zweiten Welt-
krieg bis auf die Außenmauern vollständig ausbrannte. Dass danach die wieder-
aufgebaute und im Jahr 1948 neu eröffnete Paulskirche wieder zu einem wich-
tigen, ja vielleicht sogar zu dem herausragenden Ort der westdeutschen und
inzwischen gesamtdeutschen Demokratie aufsteigen sollte, hat verschiedene Ur-
sachen.

neugestaltung-der-paulskirche-17067085.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 [18. Januar 2022].

6 *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 26. Oktober 2020, *Herfried Münkler/Hans Walter Hüter/Peter Cachola Schmal*, »Der Paulskirche fehlt die Aura«, URL: https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/symbolort-der-demokratie-gestaltung-der-frankfurter-paulskirche-17017139.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 [18. Januar 2022].

7 Zum Auftrag an die Kommission und deren Mitglieder, vgl. URL: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/gruetters-mehr-demokratiegeschichte-wagen-1952812> [18. Januar 2022].

Drei Punkte sollen kurz angesprochen werden, um die aktuelle Lage und die Projektionen für den Erinnerungsort »Paulskirche« weiter zu ergründen:

1. Die Schwierigkeiten mit »Orten der Demokratie« in Deutschland;
2. Die Paulskirche – ein »Ort der Demokratie«;
3. Das »Haus der Demokratie« – Herausforderungen und Chancen.



Zerstörte Paulskirche; Januar 1947. Quelle: AdsD, Rechte: picture alliance.

1. Die Schwierigkeiten mit »Orten der Demokratie« in Deutschland

Am Anfang stehen zwei Beobachtungen. In Deutschland haben es »Orte der Demokratie« generell schwerer als in anderen Ländern.⁸ Während beispielsweise in den USA oder auch in Frankreich die revolutionären Traditionen und die Entstehung der republikanischen Demokratien im öffentlichen Bewusstsein deutliche Spuren hinterlassen haben, sind die vergleichbaren Orte in Deutschland erinnerungskulturell kaum oder gar nicht präsent. Dafür können verschiedene Ursachen angeführt werden. Zuvorderst gehört dazu das Scheitern der demokratischen Aufbrüche 1848/49, gewiss ebenso das Scheitern der Weimarer Republik. Auch die

8 *Michael Dreyer*, Demokratische Kirchen und Schlösser? Demokratieorte in Deutschland, in: *Evelyn Brockhoff/Alexander Jehn* (Hrsg.), Die Frankfurter Paulskirche. Ort der deutschen Demokratie, Frankfurt am Main 2020, S. 130–151.

Historiker und Historikerinnen kann man mit ihren Meistergeschichten für den Missstand zur Verantwortung ziehen. So fristen die Orte der Demokratie in der bekannten Aufsatzsammlung »Deutsche Erinnerungsorte« von Hagen Schulze und Etienne François nur ein Mauerblümchendasein. Sicher, die Paulskirche wird thematisiert, aber in der Summe machen die Orte der Demokratie in der genannten Sammlung nur weniger als zehn Prozent aus.⁹

Meine zweite Beobachtung stammt aus dem Lehralltag der Goethe-Universität. Als ich dort vor einigen Jahren eine Lehrveranstaltung zum Thema Dark Tourism anbot, das heißt zu den touristischen Reisen an die Schreckensorte des 20. Jahrhunderts, war der Zuspruch sehr groß. Ein Seminar zur Geschichte demokratischer Erinnerungsorte aus einem späteren Semester rief dagegen nur mäßiges Interesse hervor. Dass außerdem Bundespräsident Gustav Heinemann schon Mitte der 1970er-Jahre erfolgreich den Aufbau der Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte in Rastatt vorangetrieben hatte, war den Teilnehmern und Teilnehmerinnen dieser Veranstaltung nicht bekannt. Hinter dieser Unkenntnis scheinen Probleme einer mangelnden öffentlichen Pflege demokratischer Erinnerungsorte auf, die eingehender betrachtet werden müssen:

Was sind die Ursachen der prekären Demokratieerinnerung in Deutschland? Schon seit mehreren Jahrzehnten ist in unserem Land eine »gewisse Verlegenheit« im Umgang mit nationalen Symbolen zu konstatieren. Das schließt neben den Orten der Demokratie auch die Denkmäler für »Helden« und »Heldinnen« der Demokratiegeschichte ein. Stattdessen waltet im öffentlichen Gedenken das »Pathos der Nüchternheit« (Peter Reichel) vor. Die damit zum Ausdruck gebrachte geschichtspolitische Zurückhaltung stand der Bundesrepublik zwar lange gut zu Gesicht, gerade auch in Kontrast zum heroisierenden Gedenkkult in der Deutschen Demokratischen Republik. Inzwischen sind jedoch die Schattenseiten dieser bundesrepublikanischen Nüchternheit zu erkennen; sie zeigen sich nicht nur in der Paulskirche, sondern auch an vielen anderen Orten der Demokratiegeschichte in Deutschland. Nur wenige Beispiele müssen hier genügen: das Schloss Herrenchiemsee, das Hambacher Schloss oder auch Weimar, wo der erst 2017 gegründete Weimarer Demokratie e. V. mit großem Engagement und mit beträchtlichen öffentlichen Mitteln inzwischen ein Demokratiezentrum – das »Haus

9 Vgl. ebd., S. 130f.

der Weimarer Republik« – aufbauen konnte. Ganz offensichtlich hat die öffentliche Geschichtskultur in der Bundesrepublik bis heute große Mühe damit, neben der Erinnerung an das unheilvolle Erbe der hoch belasteten NS-Vergangenheit den zur positiven Identifikation einladenden demokratischen Traditionen deutscher Geschichte einen herausgehobenen Platz einzuräumen. Eine Erklärung für dieses Missverhältnis liegt darin begründet, dass unsere politische Kultur, anders als noch vor hundert Jahren, eine Orientierung weniger in der Erinnerung an nationale Helden oder Heldentaten sucht, sondern in der Erinnerung an die im »Dritten Reich« begangenen Verbrechen. Das bedeutet zugleich, wie der Berliner Kollege Martin Sabrow dies konzise auf den Punkt gebracht hat, dass den politisch-kulturellen Identitätsanker der heutigen Bundesrepublik eben nicht das Glück der erkämpften Menschenrechte, sondern das Unglück ihrer vollständigen Vernichtung abgebe.¹⁰ Ein anderer Grund für das angedeutete Missverhältnis besteht in der in Deutschland erst spät gewachsenen Einsicht, dass über die Bildungsinstitutionen hinaus die Pflege des positiven Einverständnisses von Bürgerinnen und Bürgern mit der demokratischen Grundordnung ihres Staatswesens besonderer Erinnerungs- und Gedenkstätten bedürfe. Bezeichnend ist dafür die Rede des sozialdemokratischen Bundespräsidenten Gustav W. Heinemann aus dem Jahr 1970, in der er sich massiv darüber beklagte, dass man kaum etwas darüber erfahre, »was es in den verschiedenen Landschaften unseres Vaterlandes an freiheitlichen Regungen [...] gegeben hat. Es ist erstaunlich kümmerlich, was man dabei in der umfangreichen Produktion an Städtebüchern und dergleichen findet.«¹¹ Zwar setzte sich Heinemann danach mit großem persönlichem Engagement erfolgreich für den Aufbau der schon erwähnten Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in Rastatt ein, doch dauerte es an vielen anderen Orten noch Jahre, bevor man sich auch hier der Herausforderung einer angemessenen öffentlichen Repräsentation demokratischer Traditionen stellte.

10 *Martin Sabrow*, *Dunkle und helle Erinnerung. Wohin treibt die Erinnerungskultur?*, in: *Gespaltene Erinnerung? Diktatur und Demokratie an Gedenkortern und Museen in Baden-Württemberg*, hrsg. v. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 2019, S. 24–27.

11 *Ansprache des Bundespräsidenten bei der Schaffermahlzeit am 13. Februar 1970 im Bremer Rathaus*, in: *Einigkeit und Recht und Freiheit. Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte*. Katalog der ständigen Ausstellung, hrsg. vom Bundesarchiv, Bönen 2002, S. 19.

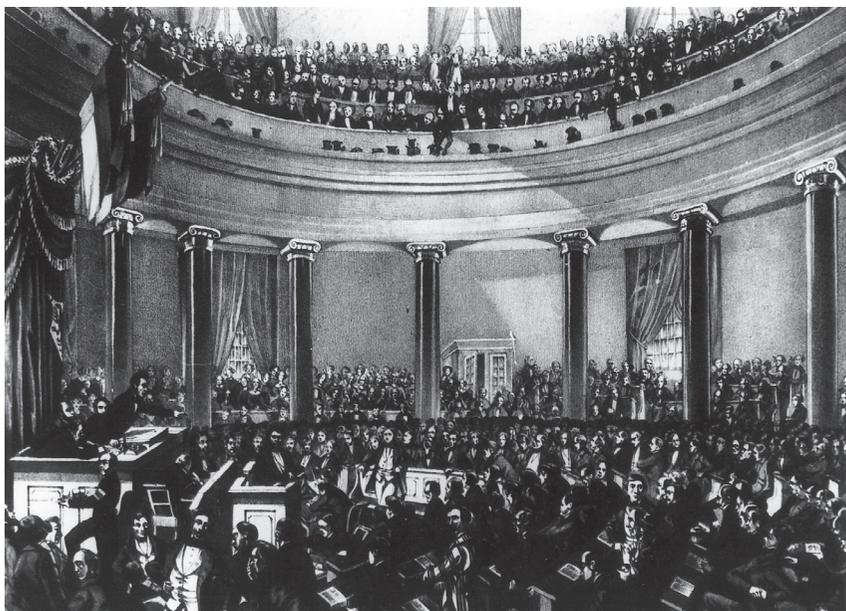
2. Die Paulskirche – ein »Ort der Demokratie«

Die Frankfurter Paulskirche gehört seit ihrem Wiederaufbau und der Wiedereröffnung im Jahr 1948 ohne jeden Zweifel zu den wichtigsten Orten der Demokratie in der Bundesrepublik.¹² Zwar läuft das restaurierte Reichstagsgebäude in Berlin dem Frankfurter Erinnerungsort schon seit Jahren bei den Zuschauerzahlen den Rang ab, aber wenn es um die Frage nach der Geschichte der Demokratie in Deutschland geht, rückt die Paulskirche rasch wieder nach vorn. Über viele, auch mediale Kanäle und wohl nicht zuletzt dank der liebevollen Pflege des Bildes in Schulgeschichtsbüchern ist sie zu einer Ikone der Demokratie gereift. Damit konnte man und kann man wuchern, denn der Erinnerungsort ist im öffentlichen Bewusstsein relativ fest verankert.

Gleichwohl bereitet diese Erinnerungsstätte bis heute Probleme, denn sie hinterlässt mit ihrem Raum der Leere und Stille ein Fragezeichen, erinnert hier doch nichts an die lauten und kontroversen Debatten der Revolutionsjahre 1848/49.¹³ Darüber hinaus sieht sich die Paulskirche mit ihrer Doppelfunktion als Erinnerungsort und historisches Museum vor Aufgaben gestellt, die bei genauer Sichtung zu bisher unbefriedigenden Lösungen geführt haben. Hierbei geht es keineswegs allein um die Einwände eines Historikers, sondern die Fragen nach dem Umbau der Paulskirche und der Neukonzeption der Ausstellung richten zum einen den Blick zwingend darauf, wie man an dieser Stelle den großen Auseinandersetzungen der Revolution, dem Streit um die nationalen, sozialen und politischen Fragen, gerecht werden kann. Zum anderen geht es um das grundsätzliche Spannungsverhältnis von Parlamentarismus und Demokratie.

12 Vgl. *Hils-Brockhoff/Hock*, Die Paulskirche.

13 Vgl. *Andreas Biefang*, Gründungsmythen der parlamentarischen Demokratie? Erinnern an die Verfassungsgebungen von 1848/49 und 1948/49 am historischen Ort, in: *Thomas Hertfelder/ Ulrich Lappenküper/Jürgen Lillteicher* (Hrsg.), Erinnern an Demokratie in Deutschland. Demokratieggeschichte in Museen und Erinnerungsstätten der Bundesrepublik, Göttingen 2016, S. 179–198.



Eröffnung der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche, 18. Mai 1848. Quelle: AdsD, Rechte: Gemeinfrei.

Wir haben es somit keineswegs nur mit museums- oder ausstellungspraktischen Fragen zu tun, dem Ruf nach etwas mehr Emotionalität, wie er zuletzt auch vom Vorsitzenden der neuen Expertenkommission, Volker Kauder, zu hören war. Emotionen mit einzukalkulieren, ist sicherlich richtig. Und doch geht es zunächst einmal auch um grundsätzliche, durchaus schwierige historische und zugleich politische Fragen nach den Ursachen, Begleitumständen und Folgen der Revolution. Noch mehr: Die zeitgenössischen Entwicklungen im Ausland müssten berücksichtigt werden, wenn man den historischen Ereignissen gerecht werden will. Der Leipziger Historiker Dirk van Laak und meine Person haben dazu vor einigen Monaten ein kurzes Positionspapier entwickelt, das unter anderem diesen Punkt unterstreicht.¹⁴ Mit unseren Ausführungen geht es uns in erster Linie darum, die Revolution als europäisches Ereignis zu begreifen. Gerade auch aus politischen

¹⁴ *Deutschlandfunk* vom 04. Februar 2021, Eva-Maria Götz, »Zukunft der Paulskirche. Historiker befürchten ›Weihestätten-Charakter‹«, URL: <https://www.deutschlandfunk.de/zukunft-der-paulskirche-historiker-befuerchten-100.html> [18. Januar 2022].

Gründen halten wir dies für zwingend erforderlich. Darin liegen Chancen und Herausforderungen für die neue Paulskirche begründet. Wie man das Ganze dann ästhetisch und museumspädagogisch umsetzen kann, darüber wird in Zukunft noch ausführlich zu sprechen sein. Nur andeuten würde ich schon an dieser Stelle, dass der intelligente Einsatz von Tönen (nachgesprochene Quellen), bewegten und stehenden Bildern bis hin zu verfilmten Szenografien ebenso wie die damit abgestimmten Filmprojektionen gewiss Eindruck unter den Besucherinnen und Besuchern erzeugen können. Das entspricht nun einmal den Seh- und Hörgewohnheiten unserer Tage und es wird wohl auch in Zukunft die Nutzung historischer Orte immer stärker prägen. Mir scheint, dass dafür Informationsreisen ins Ausland – unter anderem zu den Weltkriegsmuseen wie Verdun in Frankreich oder Ypern in Belgien – nützlich sein könnten, weil die dortigen Ausstellungen eindrucksvoll den publikumsorientierten Einsatz moderner Technologien zeigen. Darüber hinaus muss es aus historischer Sicht ein Ziel der zukünftigen Umgestaltung in der Paulskirche bleiben, die Konflikte der 1848er-Revolution in einer Weise verständlich zu machen, die es ermöglicht, Besucher und Besucherinnen für die strukturellen Konflikte der Demokratie auch in der Gegenwart zu sensibilisieren.

3. Das »Haus der Demokratie« – Herausforderungen und Chancen

Obwohl die Pläne der inzwischen abgelösten Kulturstaatsministerin einige Leitlinien für das neu zu errichtende »Haus der Demokratie« enthalten, darunter das Ziel, dort »Lernarbeit« und »politische Kommunikation« leisten zu können, bleiben die weitergehenden Projektionen eher vage. Zwar dürfte die Politikerin kaum an eine Staatsbürgerkunde im engen Sinn gedacht haben, doch ihre Rede vom Gefühl des »Stolzes« auf die demokratischen Errungenschaften als eine der gewünschten Zielsetzungen lässt aufhorchen. Unserem Eindruck nach wirken eine solche Vorgabe und der Wunsch nach mehr Emotionalität (Volker Kauder) problematisch, jedenfalls dann, wenn sie als ein Wert an sich oder als Instrument für etwas anderes begriffen werden. Geschichte kann und sollte heute nicht mehr unzweideutig gefeiert werden, so haben Dirk van Laak und ich in unserem Positionspapier festgehalten. Gerade die Orte der Demokratie sollten nicht mythisch

oder symbolisch überfrachtet werden, denn darüber würde ein harmonisierendes Bild der Demokratie verbreitet, die sich im politischen Alltag schon im 19. Jahrhundert tatsächlich ausgesprochen konfliktreich entwickelte. Bereits in der Nationalversammlung von 1848 stritten konstitutionelle Republikaner und liberale Demokraten oft härter und prinzipieller miteinander, als das heute in den Parlamenten der Bundesrepublik der Fall ist. Zu den grundlegenden Erfahrungen gehört daher die Einsicht, dass die Demokratie notwendig von Streit und von Enttäuschungen begleitet wird, dass sie Gewinner und Verlierer zurücklässt. Zudem erweist sie sich stets als gefährdet. All dies soll sich in Geschichtsbildern und im Gedenken niederschlagen. Das bedeutet: Politische, ideologische und soziale Konflikte sollten bei der Um- und Neugestaltung von Orten der Demokratie nicht umgangen werden, nur um einen unzweideutigen Stolz auf das Errungene zu erreichen.

Unter Rückbezug auf diese Überlegungen könnte das geplante Frankfurter Demokratiezentrum als ein Dialogforum für die innovative Konzeption von Ausstellungen, die Entwicklung von ansprechenden didaktischen Formaten sowie für Debatten um juristische, politische und soziale Aspekte demokratischer Ordnungen dienen.¹⁵ Idealerweise sollte es sich um ein multifunktionales Zentrum handeln, das sich den immer wieder neuen Herausforderungen der Repräsentation und Aushandlung von Demokratie widmet. Dabei sollte die Performanz des Politischen einen herausgehobenen Stellenwert einnehmen. Politik, das ist eben nicht nur das Wort, wie wir schon lange wissen, sondern auch das Verhandelte, das Gezeigte oder auch das Ausgespielte. In dieser Hinsicht könnte das zukünftige Demokratiezentrum die Institutionen der repräsentativen Demokratie und demokratische Foren der Zivilgesellschaft näher zueinander bringen, sie vielleicht sogar ein Stück weit besser miteinander verzahnen. Auf diesem Weg kann sich das Demokratiezentrum weiterhin zu einem Ort entwickeln, an dem gesellschaftliche Akteure unterschiedlichster Provenienz politische Willensbildung betrei-

15 Vgl. *Nicole Deitelhoff*, unter Mitarbeit von *Ben Christian*, *Christopher Daase*, *Gregor Hofmann* und *Raphaella Schlicht-Schmälzle*, Konzeptstudie *Demokratiezentrum Paulskirche »Haus der Demokratie«* (Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung), Frankfurt am Main 2020, URL: <https://www.hsfk.de/wissenstransfer/konzeptstudie-demokratiezentrum-paulskirche-haus-der-demokratie> [21. Dezember 2021]; vgl. ebenfalls den Beitrag von *Nicole Deitelhoff* in dieser Broschüre.

ben, zumindest einüben können. Vielen dürfte so deutlich werden, dass demokratische Aushandlungen notwendigerweise von Streit und von Enttäuschungen begleitet werden.

Ich komme zum Schluss – vorläufig: Das Ganze sollte und darf am Ende nicht zu einer Spielwiese der politischen Selbstermächtigung bürgerlicher Teilgruppen umfunktioniert werden und damit gerade die ausschließen, die politisch nicht partizipieren können oder auch gar nicht partizipieren wollen – welche Gründe dafür im Einzelnen auch immer angeführt werden. Darüber hinaus möchte ich hier eine Lanze für die Wissenschaften brechen – sehen Sie mir das bitte nach. Der Wunsch ist getragen von der Sorge, dass gerade ein Demokratiezentrum eine permanent selbst-reflexive Kontrollinstanz braucht. Ansonsten könnte die neue Institution schnell zum Opfer eines eher ausgemusterten Bestrebens zur Identifikation mit der Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik werden und das ausgerechnet an einem Ort, wo es um die Aufklärung über die Demokratie gehen sollte. Das würde so kaum funktionieren.



Prof. Dr. Christoph Cornelißen

Lehrstuhlinhaber für Neueste Geschichte an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Er ist außerdem seit 2017 Direktor des Italienisch-Deutschen Historischen Instituts in Trient.

Nicole Deitelhoff/Helena Hirschler

Lebendiger Demokratieort Paulskirche! Ideen für das Demokratiezentrum Paulskirche »Haus der Demokratie«

Im Jahr 2023 will Frankfurt das 175. Jubiläum der Frankfurter Nationalversammlung feiern, die 1848 erstmalig in der Paulskirche zusammentrat und die erste demokratische Verfassung Deutschlands ausarbeitete. Grund genug, nicht nur die Paulskirche einer Sanierung zu unterziehen, sondern sie auch zu einem Gedenk- und Lernort mit nationaler und internationaler Strahlkraft zu machen. Um das zu erreichen, soll nach dem Willen der Stadt und in Kooperation mit Land und Bund in ihrer unmittelbaren Nähe ein »Haus der Demokratie« entstehen, das die Paulskirche zu einem lebendigen Demokratieort entwickelt.¹ Was das bedeuten kann, darüber denken ein von Bund, Land und Stadt eingesetztes Expertengremium ebenso nach wie hoffentlich bald die Bürger_innen der Stadt Frankfurt, die in einem Bürgerbeteiligungsverfahren ebenfalls eng in die Planungen einbezogen werden sollen.

Auch das Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) hat dazu im Auftrag der Stadt Frankfurt eine Konzeptstudie Demokratiezentrum Paulskirche »Haus der Demokratie«² erstellt, die inhaltliche Impulse für die geplante Bürger_innenbeteiligung setzen soll. Die Studie tritt für ein Nutzungskonzept ein, welches das praktische und sinnliche Erleben von Demokratie in den Mittelpunkt stellt. Anders als viele der existierenden Demokratiezentren und Demokratiebildungsangebote, die auf das Demokratiegedenken konzentriert

1 Vgl. Anträge Stadtverordnetenversammlung Nr. 1309, 19. Oktober 2020, und Nr. 1022, 7. November 2019.

2 Nicole Deitelhoff, unter Mitarbeit von Ben Christian, Christopher Daase, Gregor Hofmann und Raphaela Schlicht-Schmälzle, Konzeptstudie *Demokratiezentrum Paulskirche »Haus der Demokratie«* (Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung), Frankfurt am Main 2020, URL: <https://www.hsfk.de/wissenstransfer/konzeptstudie-demokratiezentrum-paulskirche-haus-der-demokratie> [21. Dezember 2021].

sind, plädiert die Studie dafür, Demokratie »aus dem Museum ins Leben«³ zu holen, weil die größten Gefährdungen der Demokratie heute nicht die abnehmende Zustimmung zu ihren Prinzipien und Idealen sind, sondern vor allem die wachsende Unzufriedenheit der Bürger_innen mit der gelebten demokratischen Praxis. Um Demokratie zu fördern, muss sie wieder stärker im lebensweltlichen Alltag der Bürger_innen verankert werden. Bürger_innen müssen direkte und vielfältige Demokratieerfahrungen in und mit einem »Haus der Demokratie« machen können.



Gebäudeaufnahme der Frankfurter Paulskirche, Januar 1955. Quelle: AdsD, Rechte: Rechteinhaber nicht ermittelbar.

Diese Überlegungen, die sich aus Analysen der Entwicklungen der Zufriedenheit mit der Demokratie und des Vertrauens in ihre Institu-

tionen ableiten, wollen wir im Folgenden knapp umreißen. Wir zeigen, dass es vor allem die Zufriedenheit mit der praktisch erlebten Demokratie ist, die immer weiter absinkt (1.), und dass die existierenden Demokratiezentren und Angebote der Demokratieförderung diesen Befund noch nicht hinreichend zur Kenntnis nehmen. Das gilt ebenso für die vielfältigen Zielgruppen, die in einer pluralistischen Demokratie in den Blick genommen werden sollten (2.). Aus diesen Befunden und in Auseinandersetzung mit den vielfältigen Angeboten der Frankfurter Demokratieszene entwickeln wir ein Nutzungskonzept, das das Erleben von Demokratie in den Mittelpunkt stellt, ohne dabei das Gedenken an Demokratie

³ *Frankfurter Rundschau* vom 4. Mai 2021, *Nicole Deitelhoff*, Die Paulskirche in Frankfurt. Vom Museum ins Leben – Demokratie sucht einen Ort, URL: <https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/paulskirche-vom-museum-ins-leben-demokratie-sucht-einen-ort-90486197.html> [21.12.2021].

und das Lernen aus der Geschichte aus dem Auge zu verlieren (3.).⁴ Wir schließen mit einem Plädoyer für eine starke Bürger_innenbeteiligung, die das Haus der Demokratie auch als demokratisches Haus versteht (4.).

1. Wie steht es um die Demokratie?

Demokratie ist unter Druck geraten. Weltweit nehmen Angriffe auf demokratische Errungenschaften und Freiheiten zu; ob in Brasilien, der Türkei oder der direkten europäischen Nachbarschaft wie Polen oder Ungarn: Demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien werden zunehmend herausgefordert. Der »Global State of Democracy Report 2021« des Internationalen Instituts zur Förderung von Demokratie und demokratischer Teilhabe (IDEA) stellt beispielsweise fest, dass der »Stress-Test«, vor den die Covid-19-Pandemie Gesellschaften weltweit stellte, den in früheren Untersuchungen bereits zu beobachtenden Trend des zunehmenden Autoritarismus verstärkte. Auch andere Indizes wie der Bertelsmann Transformation Index (2021) oder der Freedom House Index⁵ verzeichnen eine voranschreitende Aushöhlung demokratischer Grundsätze.

Im Winter 2021/22 ist es in Deutschland nahezu unmöglich, unbefangen über Demokratie zu sprechen, scheint doch auch die Demokratie hierzulande durch die starke Polarisierung im Pandemiemanagement immer mehr unter Druck zu geraten. Von der Spaltung der Gesellschaft ist vielfach die Rede und von einer Krise der Demokratie.⁶ Man muss diesen Diagnosen nicht folgen und es gibt viele

4 Die Studie unterscheidet drei Nutzungstypen, anhand derer zielgruppenorientiert Angebotsformate konzipiert werden: »Demokratie gedenken/lernen«, »Demokratie praktizieren/erleben« und »Demokratie probieren/spielen«. Vgl. *Deitelhoff*, Konzeptstudie, S. 2.

5 *Sarah Repucci/Amy Slipowitz*, Democracy under Siege. Freedom in the World, 2021, URL: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2021/democracy-under-siege> [21. Dezember 2021].

6 *Deutsche Welle* vom 28. Januar 2021, *Matthias von Hein*, Corona stresst die Demokratie, URL: <https://www.dw.com/de/corona-stresst-die-demokratie/a-56370412> [21. Dezember 2021]; *SPIEGEL ONLINE* vom 1. März 2021, *Peter Maxwell*, Die Entleerung der Demokratie, wie wir sie kennen, URL: <https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/gesellschaft-in-der-krise-die-entleerung-der-demokratie-wie-wir-sie-kennen-a-257fb995-2ca7-419c-8617-fc19fec38e1> [21. Dezember 2021]; *WELT* vom 1. Dezember 2021, *Andrea Knipp-Selke/Heike Riedmann*, Die Spaltung der Gesellschaft ist längst in den Schulen angekommen, URL: <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article235387210/Corona-Die-Spaltung-der-Gesellschaft-ist-in-den-Schulen-angekommen.html> [21.12.2021]; *ZDF* vom 19. Oktober 2021, *Martina Morawietz/Joë Sperling*, Genesen, geimpft, gereizt. Wie Coronaregeln die Gesellschaft spalten, URL: <https://www.zdf.de/politik/frontal/2g-wie-coronaregeln-die-gesellschaft-spalten-100.html> [21.12.2021].

gute Gründe, das nicht zu tun. Dennoch muss man zur Kenntnis nehmen, dass die Zustimmung zur Demokratie abnimmt.

Zwar zeigt die Studienlage, dass Demokratie weiterhin auf breite Zustimmung trifft, allerdings beziehen sich diese Daten auf die Zustimmung zur Demokratie als Ideal der Regierungsform, mithin auf ihre abstrakten Prinzipien und Werte. So zeigt die Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung in ihren letzten Erhebungen, dass eine große Mehrheit (rund 86 Prozent) konstant davon überzeugt ist, dass eine demokratische Regierungsform für Deutschland unerlässlich ist.⁷ Eine Studie der Bertelsmann-Stiftung liefert ähnliche Zahlen. Darin halten nur 9 Prozent der Befragten die Demokratie nicht für die beste Staatsform.⁸ Eine aktuelle Untersuchung im Auftrag der Robert Bosch Stiftung ermittelt in Deutschland sogar Zustimmungswerte von 93 Prozent zur Idee der Demokratie und 94 Prozent geben an, dass es ihnen wichtig ist, in einer Demokratie zu leben.⁹

Allerdings gibt es auch Hinweise für eine zunehmende Skepsis. In der Bertelsmann-Studie haben sich zwischen 2017 und 2018 die Zustimmungswerte verschoben: 2017 sagten noch 76 Prozent der Befragten, dass die Demokratie die beste Staatsform sei, während 18 Prozent mit »teils/teils« antworteten. 2018 waren nur noch 69 Prozent klar von der Demokratie als bester Staatsform überzeugt, für »teils/teils« entschieden sich 23 Prozent.¹⁰ Auch die Mitte-Studie weist bei gleich mehreren Indikatoren auf eine Gefährdung der Demokratie hin.¹¹ Die gemeinsame Studie von More in Common und der Robert Bosch Stiftung beobachtet diese »demokratieambivalenten Gruppen« in allen von ihr untersuchten Ländern und stellt fest, dass sich diese nicht gegen das Ideal der Demokratie stellen,

7 Im Jahr 2019 hielten 86,3 Prozent die Demokratie für die beste Regierungsform. Vgl. *Andreas Zick/Beate Küpper/Wilhelm Berghan*, *Verlorene Mitte – feindselige Zustände*, Bonn 2019, S. 229. 2021 waren es 86 Prozent. Vgl. *Andreas Zick/Beate Küpper*, *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*, Bonn 2021, S. 26.

8 *Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien. Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?*, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2019, S. 17, URL: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Gesellschaftlicher_Zusammenhalt/ST-LW_Studie_Schwindendes_Vertrauen_in_Politik_und_Parteien_2019.pdf [21. Dezember 2021].

9 *More in Common: Beziehungskrise? Bürger und ihre Demokratie in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Polen und den USA*, Robert Bosch Stiftung, Stuttgart 2021, S. 17, URL: https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/publications/pdf/2021-07/Studie_Beziehungskrise_B%3BCrger_und_ihre_Demokratie.pdf [21. Dezember 2021].

10 *Schwindendes Vertrauen*, S. 17.

11 *Zick/Küpper*, *Die gefährdete Mitte*, S. 26.

sondern »ein geschwächtes Verhältnis zu demokratischen Normen und/oder ihrer gelebten Praxis« aufweisen.¹² Dabei zeigt sich, dass die Anzahl der Unentschiedenen deutlich zunimmt, wenn nur nach der gelebten Praxis der Demokratie gefragt wird. Beides gilt verstärkt für die ostdeutschen Länder. So zeigt eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung, dass mit der Demokratie, wie sie aktuell in Deutschland existiert, rund 37 Prozent zufrieden sind, während 45 Prozent mit »teils/teils« antworten und 18 Prozent unzufrieden sind.¹³ Dabei sind in den westdeutschen Ländern 40 Prozent der Befragten zufrieden mit der Demokratie, in den ostdeutschen Ländern jedoch nur 22 Prozent.¹⁴ Noch gravierender fallen die Zahlen in der Studie »Vertrauen in die Demokratie« der Friedrich-Ebert-Stiftung aus: Während 46,6 Prozent der Befragten mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, sehr oder ziemlich zufrieden sind, gibt eine Mehrheit von 53,4 Prozent der Befragten an, weniger oder überhaupt nicht mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden zu sein.¹⁵

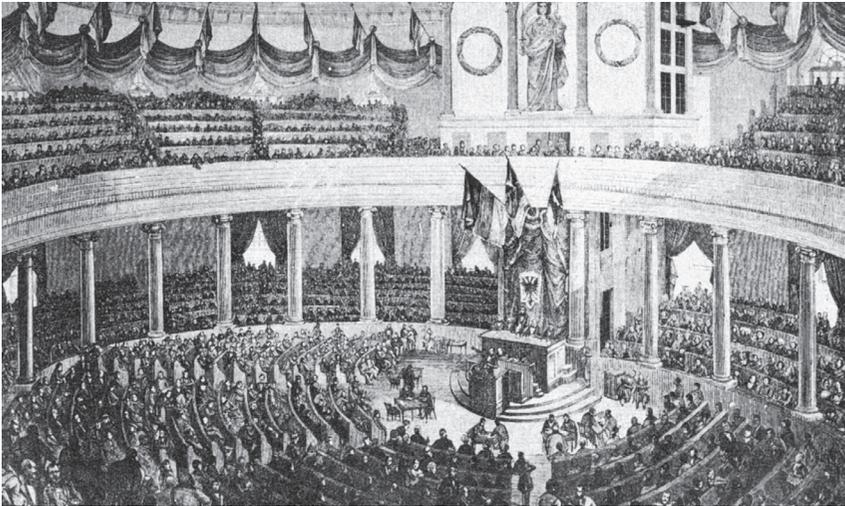
Die Diskrepanz zwischen der grundsätzlichen Zustimmung zur Idee der Demokratie und der gelebten Praxis führt zu einem sinkenden Verständnis von und einer abnehmenden Geduld mit demokratischen Praktiken. Eine Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie wird messbar. Die Erfahrbarkeit der Demokratie und ihre Verankerung im lebensweltlichen Alltag der Bürger_innen erscheint vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen also zentral, um die Demokratie nachhaltig zu stärken. An diesem Punkt muss ein zukünftiges Haus der Demokratie ansetzen, indem es Demokratie nicht als Ideal vermittelt, sondern sie als Gegenstand von partizipativen Aushandlungs- und Beratungsprozessen vermittelt. Demokratie soll also nicht nur als Ziel, sondern gleichermaßen als lebendige und immer in Bewegung befindliche Praxis begriffen werden.

12 More in Common, S. 134.

13 *Viola Neu*, Niemand möchte die Demokratie abschaffen – Einstellungen zu Demokratie, Sozialstaat und Institutionen (Analysen & Argumente Nr. 351/Juni 2019. Konrad-Adenauer-Stiftung), S. 2, URL: <https://www.kas.de/documents/252038/4521287/AA351+Niemand+m%C3%B6chte+Demokratie+abschaffen.pdf/3101d553-0ca1-578e-5d31-625fe1db46e0?version=1.0&t=1559709111004> [21. Dezember 2021].

14 Ebd.

15 *Frank Decker/Volker Best/Andreas Küppers* et al., Vertrauen in die Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik (Für ein besseres Morgen. Friedrich-Ebert-Stiftung), Bonn 2019, S. 30, URL: <https://library.fes.de/pdf-files/fes/15621-20190822.pdf> [21. Dezember 2021].



Sitzung der Deutschen Nationalversammlung in der Paulskirche, 1848. Quelle: AdsD.

2. Demokratieverleben in der Praxis

Nimmt man die Befunde der Trendanalysen zur Zustimmung der Demokratie und blickt auf die gegenwärtig existierenden Demokratiezentren und Angebote der Demokratieförderung, ergibt sich ein Missverhältnis. Das Gros der bestehenden Demokratiezentren setzt den Schwerpunkt auf das Demokratiegedenken, mithin auf die stark museal orientierte Wissensvermittlung historischer Prozesse und Wegmarken in der Entwicklung von Demokratie. Ebenso sehr fällt ein verengtes Zielgruppenkonzept ins Auge, da sich die Mehrheit der Zentren auf die Ansprache von Schulklassen, Familien und Kindern konzentriert.

Das gilt für die internationalen Zentren, aber auch für die deutsche Landschaft:¹⁶ Wichtige Erinnerungsorte wie das Hambacher Schloss oder das Haus der Geschichte in Bonn nehmen zentrale Funktionen in der gesellschaftlichen Demokratiebildung ein, aber auch hier konzentriert sich das Angebot auf die Wissensvermittlung anhand der Darstellung historischer Prozesse. Mit der durch das Gesetz zur Errichtung einer »Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschich-

¹⁶ In der Konzeptstudie haben wir 24 der größten Demokratiezentren im In- und Ausland verglichen. Vgl. dazu *Deitelhoff*, Konzeptstudie, S. 7f.

te« am 23. Juli 2021 gegründeten Bundesstiftung »Orte der deutschen Demokratiegeschichte« ist ein weiterer gewichtiger Akteur in der Demokratieförderung hinzugekommen. Das Rahmenkonzept bietet erste Hinweise auf das zukünftige Bundesengagement in diesem Bereich. Auffällig ist auch hier der Fokus auf das Demokratiegedenken, denn die Stiftung soll in erster Linie bestehende Dauerausstellungen in historisch bedeutsamen Orten wie dem Deutschen Historischen Museum oder dem Hambacher Schloss erneuern und mit multimedialen Zugängen ausstatten. Partizipative oder aktivierende Formate finden im Rahmenkonzept keine explizite Erwähnung. Auch das Verständnis der deutschen Demokratiegeschichte, die im Konzept als Zeitraum zwischen »den demokratischen Bestrebungen in Deutschland im Gefolge der Französischen Revolution über den Vormärz« bis zur Wiedervereinigung definiert wird¹⁷, verdeutlicht die Schwerpunktsetzung auf Wissensvermittlung anhand historischer Ereignisse. Neuere pädagogische Angebote, die Besucherinnen und Besucher zur Partizipation anregen, diskursiven Austausch fördern und Demokratie erlebbar machen, fehlen im Rahmenkonzept ebenso wie die Auseinandersetzung mit aktuellen und zukünftigen Herausforderungen für demokratische Gesellschaften. Trotz des großen und vielfältigen Angebots zur Demokratiebildung offenbaren sich in der Demokratiebildungslandschaft mithin zwei zentrale Schwachstellen:¹⁸

Erstens sind mehr lebensweltliche Erfahrungen von und mit Demokratie nötig. Die Überbetonung von Demokratiegedenken kann das in Studien zur Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie festgestellte Bedürfnis nach Erfahrung und Erlebbarkeit nicht ausreichend stillen. Die wachsende Unzufriedenheit bezieht sich auf die praktizierte Demokratie, auf aktuelle Entwicklungen und Diskurse. Ihr kann daher nicht ausschließlich mit der Vermittlung von historischen Sachverhalten und Entwicklungen begegnet werden.

17 Bundesregierung, Rahmenkonzept zur Weiterentwicklung der Orte deutscher Demokratiegeschichte, 2021, S. 7, URL: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1888580/2c893225f6604d90eca888c58173d29d/2021-04-12-bkm-rahmenkonzept-ortederdemokratiegeschichte-data.pdf?download=1> [21. Dezember 2021].

18 Anders sieht es dagegen für die verschiedenen Bundes- und Landesförderprogramme aus, wie etwa »Demokratie leben!« (BMFSFJ), »Zusammenhalt durch Teilhabe« (BMI) oder das hessische Programm »Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus«, die stark auf die praktische Umsetzung von Demokratie abheben, indem sie beispielsweise lokale zivilgesellschaftliche Initiativen fördern sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren vor Ort zu Demokratietrainerinnen und -trainern weiterbilden.

Zweitens braucht es ein deutlich breiteres Zielgruppenkonzept, um der Vielfalt moderner Gesellschaften gerecht zu werden und gerade klassisch unterrepräsentierte Gruppen wie Kinder, Frauen, Migrant_innen oder LGBTQI*-Personen anzusprechen. Das gilt insbesondere für ein Frankfurter »Haus der Demokratie«, denn die Frankfurter Bevölkerung weist einen besonders hohen Anteil an Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund auf¹⁹ und ist im Vergleich zum Bundesdurchschnitt auch eher jung.²⁰ Nicht nur die Angebotsstruktur muss eine Ausrichtung auf diese Zielgruppen widerspiegeln; damit diese Gruppen Angebote im »Haus der Demokratie« nutzen können, muss ebenfalls eine Auseinandersetzung mit ihren spezifischen Bedürfnissen erfolgen. Angebote sollten entsprechend angepasst werden, etwa im Hinblick auf Angebotszeiten oder die -sprache. Ein »Haus der Demokratie« ist auf eine virtuelle Dependance angewiesen, die 24/7 erreichbar ist und mehrsprachig operiert. Grundsätzlich ist bei den Planungen stets die Erreichbarkeit zu beachten. Das »Haus der Demokratie« muss niedrigschwellig zugänglich sein, sowohl bei den Besuchen vor Ort als auch im virtuellen Raum. Um ein inklusives Angebot zu ermöglichen, müssen außerdem die Kosten an die Zielgruppen angepasst werden. Schließlich sollte das Haus der Demokratie durch einen vernetzten Ansatz geprägt werden, der vorhandene Expertise sowie bestehende Formate und Akteure mobilisiert und so Synergien schafft, statt Redundanzen zu erzeugen.

3. Ein lebendiges Haus der Demokratie: Inhaltliche Leitplanken für die Nutzung

Das geplante »Haus der Demokratie«, das die Stadt in Kooperation mit Land und Bund errichten will, soll sich auf vier Säulen stützen, die ein Nutzungskonzept aufnehmen muss. Dazu zählt die Dauerausstellung zur Paulskirchenversammlung, wechselnde Ausstellungen zu verschiedenen Aspekten und Dimensionen

19 *Patrick Schupp*, Frankfurter Integrations- und Diversitätsmonitoring, Magistrat der Stadt Frankfurt am Main 2017, S. 32–36, URL: https://amka.de/sites/default/files/2018-05/Frankfurter%20Integrations-%20und%20Diversit%C3%A4tsmonitoring_2017_0.pdf [21. Dezember 2021].

20 *Ralph Henger/Christian Oberst*, IW-Kurzbericht 16/2019, Alterung der Gesellschaft im Stadt-Land-Vergleich, Köln: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V., 2019, S. 2, URL: <https://www.iwkoeln.de/presse/pressemitteilungen/christian-oberst-ralph-henger-altes-land-junge-staedte.html> [21. Dezember 2021]. Der Untersuchung zufolge ist Frankfurt die sich am schnellsten verjüngende Stadt Deutschlands.



Luftaufnahme der Frankfurter Innenstadt mit Paulskirche, Kleinmarkthalle, Hauptwache und Börse. Quelle: AdsD, Rechte: J. H. Darching/FES.

von Demokratie, ein Workshop-Programm und Veranstaltungen, die das Haus zu einem Ort lebendiger Debatte werden lassen.²¹

Auf den ersten Blick scheinen diese Säulen eine klare Nutzungsunterscheidung zwischen Demokratiegedenken einerseits (Dauerausstellung, wechselnde Thementausstellungen) und Demokratieerleben (Workshop-Programm, Debatten) andererseits nahezulegen. Unsere Studie schlägt vor, diese Unterscheidung systematisch aufzubrechen. Stattdessen sollten die Bereiche eng miteinander verzahnt werden, um das praktische Erleben von Demokratie in den Mittelpunkt stellen zu können. Das gilt daher auch für die zentrale Dauerausstellung zur Paulskirche als Demokratiedenkmal, die multimedial aufgearbeitet werden könnte, um

21 Vgl. Die Grünen im Römer, Konzept Haus der Demokratie. NR 1309/2 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und GRÜNEN, URL: <https://www.gruene-frankfurt.de/fraktion/parlament/antraege-und-anfragen/antrag/2020/konzept-haus-der-demokratie/> [21. Dezember 2021].

Besucherinnen und Besuchern ein aktiveres Erleben der historischen Prozesse zu ermöglichen. Denkbar wären etwa virtuelle Rundgänge, Videos zu politischen und sozialen Verhältnissen der Abgeordneten oder (mehrsprachige) Audioguides, die das historische Geschehen aus unterschiedlichen Perspektiven darstellen.²²

Insgesamt sollte die Dauerausstellung auch deutlicher kontextualisiert werden, das heißt in einen Rahmen gebettet werden, der das Ringen um Demokratie in den Mittelpunkt stellt und deutlich macht, dass Demokratie nicht wie ein Geschenk in die Welt kommt, sondern historisch, ganz aktuell und auch zukünftig immer erkämpft wird. Über diese Ausweitung auf demokratische Kämpfe in Geschichte, Gegenwart und Zukunft wird es möglich, praktische Demokratieerfahrungen ins Zentrum zu rücken, ohne die historische Vermittlung preiszugeben.

Darüber hinaus ist es ein zentrales Anliegen unserer Studie, aufzuzeigen, dass ein Haus der Demokratie neben eigenen Programmen auch koordinierend tätig sein sollte, um die vorhandene Expertise und die vielfältigen Angebote, die die Museen und Kulturstätten, die Zivilgesellschaft und die Bildungseinrichtungen vorhalten, zusammenzuführen. Konkret könnte ein Haus der Demokratie Halbjahresprogramme entwickeln, die thematische Ausstellungen (Demokratie als Lebensform) mit konkreten Workshops (»Geht so, Demokratie ?!«²³) und Debattenformaten im Haus/in der Paulskirche (Kinderkonferenz »Demokratische Stadt«²⁴) und in der Stadt miteinander verknüpfen (Demokratie in der Musik, in der Kunst, im Betrieb, im Kindergarten usw.).²⁵

4. Wie weiter: Haus der Demokratie demokratisch gestalten!

Diese Ideen und Vorschläge sind zunächst genau das: Ideen und Vorschläge für eine aktive Bürgerschaft in Frankfurt, die diese aufnehmen, diskutieren, verwerfen oder nochmals ganz anders ausgestalten kann. Aus unserer Sicht ist zentral, dass das geplante Haus der Demokratie auch ein demokratisches Haus wird, so-

22 So ließe sich etwa die klassische Sicht auf die Paulskirchenversammlung »von oben« durchbrechen, indem die Geschichte aus der Sicht einer Frau, eines reisenden Händlers, einer Kirchenmaus oder einer Reinigungskraft erzählt wird. Vgl. *Deitelhoff*, Konzeptstudie, S. 25.

23 Workshop-Programme sind vor allem praktisch konzipiert: Sie sollen im Sinne eines DIY Kompetenzen vermitteln. Dies beinhaltet etwa Fragen, wie man eine Petition organisiert, eine Bürgerinitiative gründet oder eine Demonstration anmeldet. Vgl. *Deitelhoff*, Konzeptstudie, S. 28.

24 Vgl. ebd., S. 26.

25 Konkrete Beispiele für solche Programme finden sich in der Konzeptstudie. Vgl. ebd., S. 26.

wohl auf dem Weg dorthin als auch im Betrieb. Darum muss die Bürger_innenbeteiligung eng mit den Beratungen des Expertengremiums verknüpft werden, sodass diese beiden Prozesse nicht unverbunden – oder noch ungünstiger: konkurrierend – nebeneinanderstehen. Stattdessen sollten sie sich als gleichwertige Vorschläge für die zukünftige Gestaltung verstehen können.

Um den demokratischen Charakter auch über die Entstehungsphase hinaus weiterzutragen, sollte die Bürger_innenbeteiligung aber nicht nur für den Weg zum Haus der Demokratie prägend sein, sondern auch in der Governance-Struktur des Hauses verankert werden. Ein demokratisch gewählter Bürger_innenbeirat könnte den Programmbeirat und den Vorstand des Hauses der Demokratie – die jeweils ernannt werden – beraten und eigene konkrete Eingaben zur Ausgestaltung der Programme machen. Die Zusammensetzung eines solchen Bürger_innenbeirats könnte etwa verschiedene gesellschaftliche Gruppen wie die Weltregionen oder die unterschiedlichen Zielgruppen repräsentieren.²⁶ Denkbar ist darüber hinaus, dass die virtuelle Dependance als Plattform genutzt wird, um Wahlvorschläge abzugeben und so mitzubestimmen.²⁷ So könnte sichergestellt werden, dass das Haus der Demokratie auch wirklich ein Haus der Demokratinnen und Demokraten ist, für die es geschaffen wurde.



Prof. Dr. Nicole Deitelhoff

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Leibniz-Instituts Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) und Leiterin der Programmbereiche »Internationale Institutionen« und »Transnationale Politik«. Seit 2009 Professorin für Internationale Beziehungen an der Goethe-Universität Frankfurt und seit 2018 Co-Sprecherin des Forschungsinstituts »Gesellschaftlicher Zusammenhalt«. Autorin der HSK-Konzeptstudie »Demokratiezentrum Paulskirche: »Haus der Demokratie«.



Helena Hirschler

Wissenschaftliche Referentin der Geschäftsführung des Leibniz-Instituts Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Zuvor war sie Referentin für Digitalisierung, Wahlen und Gesellschaftliches Engagement bei der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung.

²⁶ Deitelhoff, Konzeptstudie, S. 31.

²⁷ Ebd.

Kurzstatements

Ina Hartwig

»Das Haus der Demokratie soll nicht nur ein Lernort, sondern eine Agora sein, die Diskursen und politischen Prozessen eine Bühne bietet.«

In den Jahren 2023 und 2024 jähren sich das Zusammentreten des Paulskirchenparlaments ebenso wie die Verabschiedung der ersten gesamtdeutschen Verfassung 1848 und 1849 zum 150. Mal. Diese Jubiläen bilden für die Stadt Frankfurt den Anlass, mit der Paulskirche eines der vielschichtigsten Monumente der Demokratiegeschichte in den Blick zu nehmen. In ihrer heutigen Gestalt repräsentiert sie neben der Geschichte der seinerzeit äußerst fortschrittlichen Verfassung und der gescheiterten deutschen Revolution sowohl die massiven Zerstörungen im von Deutschland entfesselten Weltkrieg als auch den intellektuellen Diskurs der jungen Bundesrepublik.

Gerade diese Vielschichtigkeit bringt es mit sich, dass die Paulskirche als Denkmal nicht selbsterklärend ist. Neben Fragen der baulichen Sanierung steht daher gegenwärtig ihre Ergänzung um ein »Haus der Demokratie« im Raum. Ein solches Haus müsste ein breites Anforderungsprofil erfüllen und erscheint gerade deshalb besonders reizvoll. Die kürzlich vorgestellte Studie von Nicole Deitelhoff hat dafür eine ideale Grundlage geschaffen.

Eine zentrale Aufgabe des Hauses der Demokratie ist die Vermittlung der historischen Dimension der Paulskirche als Demokratieort. Besonders die Herausforderung, die Welt des 19. Jahrhunderts differenziert zu vermitteln und kritisch einzuordnen, ist dabei nicht zu unterschätzen: Etwa die Forderung nach einem deutschen Nationalstaat von 1848 oder die in der Paulskirche verabschiedete erste deutsche Verfassung sind nur zu verstehen, wenn sie in die Geschichte des damaligen Europas kontextualisiert und nicht vor dem Hintergrund des heutigen Staatengefüges des Kontinents gelesen werden. Viele historische Aspekte sind heute kaum noch bekannt oder Expertenwissen, etwa die Exilgeschichte vieler

Abgeordneter nach dem Scheitern der 1848er-Revolution oder die verfassungsgeschichtliche Bedeutung des Paulskirchenparlaments.



Kundgebung gegen die Pariser Verträge in der Frankfurter Paulskirche am 29. Januar 1955. Gruppenaufnahme mit dem Vizepräsidenten des Deutschen Bundestags Carlo Schmid. Quelle: AdSD, Rechte: Rechteinhaber nicht ermittelbar.

Die historische Perspektive des Hauses der Demokratie darf sich nicht auf 1848 verengen. Vielmehr sollten weitere wichtige Ereignisse der deutschen Demokratiegeschichte beleuchtet werden – und zwar aus der spezifischen Frankfurter Perspektive: Frankfurt als Stadt der Kritischen Theorie, der Außerparlamentarischen Opposition, der Verlage und des intellektuellen Diskurses der Bundesrepublik, der mehr als einmal in der Paulskirche verhandelt wurde, verdient spezifische Sichtbarkeit im künftigen Haus der Demokratie!

Doch auch die Demokratiegeschichte des 20. Jahrhunderts erweist sich als komplex; keinesfalls sollte man sie als »Meistererzählung« gestalten. Zentral ist vielmehr eine kritische und demütige Perspektive. Es war nicht etwa eine historische

Gesetzmäßigkeit, nicht das berühmte »Ende der Geschichte«, dass sich der Kalte Krieg zugunsten der »westlichen« Demokratien entschied. Zwar hat sich auch die Bundesrepublik Deutschland in den Jahrzehnten seit ihrer Gründung als plurale parlamentarische Demokratie bewährt und fortentwickelt; dass dies geglückt ist, war 1945 jedoch keinesfalls ausgemacht, nicht einmal besonders wahrscheinlich. Darüber hinaus sind viele Aspekte der historischen bundesrepublikanischen Demokratie heute nicht mehr nachvollziehbar, etwa der weitgehende Ausschluss von Gastarbeiterinnen und Gastarbeitern vom politischen Leben oder das brutale Vorgehen der Polizei gegen studentische Proteste Ende der 1960er-Jahre. Auch die deutsche Wiedervereinigung ist ein Prozess, der durch die demokratiegeschichtliche Brille betrachtet hoch interessant und noch nicht erschöpfend aufgearbeitet ist.

Zentral scheint bei alledem die Suche nach Verbindungslinien zur gegenwärtigen Lebenswelt der Besucherinnen und Besucher. Das bedeutet ein multiperspektivisches Angebot. Menschen, die in einer »westlichen« Demokratie sozialisiert wurden, haben einen anderen Blick auf das Thema Demokratie als solche, die etwa in einem der Staaten des Warschauer Pakts gelebt haben oder auch vor einem autoritären Regime geflohen sind. Sie alle gemeinsam bilden die heutige Realität der bundesrepublikanischen Gesellschaft, die mit der Aufarbeitung und Erinnerung der deutschen Demokratiegeschichte adressiert werden sollen. Ferner darf sich das Haus der Demokratie nicht auf historische Aspekte beschränken, sondern muss den Anspruch verfolgen, Demokratie auch zu diskutieren und weiterzuentwickeln.

Nicht das Erreichte sollte hier gefeiert, sondern das Verbesserungswürdige diskutiert werden. Unsere heutige Demokratie steht vor vielen Herausforderungen: Die fragmentierte Gesellschaft, komplexe Interdependenzen einer vernetzten Welt und die grundlegenden gesellschaftlichen Fragen, die mit der Digitalisierung einhergehen, sind nur einige davon. Das Haus der Demokratie soll daher nicht nur ein Lernort, sondern eine Agora sein, die Diskursen und politischen Prozessen eine Bühne bietet. Es steht dabei vor der anspruchsvollen Aufgabe, besonders diejenigen zu erreichen, die bislang im politischen Diskurs marginalisiert werden, die von der gegenwärtigen Demokratie frustriert oder auch nicht an ihr interessiert sind. Im besten Fall aber fungiert es als wirkungsvoller Verstärker, um Meinungen Gehör zu verschaffen und Diskussionen anzustoßen.

Es entspricht dem Charakter dieses Projekts, dass Frankfurts Oberbürgermeister Peter Feldmann kürzlich einen Bürgerbeteiligungsprozess ins Leben gerufen hat, der – fußend auf den Voruntersuchungen von Nicole Deitelhoff – das Haus der Demokratie bei der anstehenden Konkretisierung begleiten soll. Der Stadt Frankfurt bietet sich damit eine große Chance, die es gemeinschaftlich zu ergreifen gilt.



Dr. Ina Hartwig

Dezernentin für Kultur und Wissenschaft der Stadt Frankfurt am Main. Zuvor viele Jahre Literaturredakteurin der Frankfurter Rundschau (1997–2009) und Herausgeberin des »Kursbuch« (2002–2005), freischaffende Autorin, Kritikerin und Moderatorin. Im akademischen Jahr 2015/16 war sie Fellow am Wissenschaftskolleg zu Berlin.

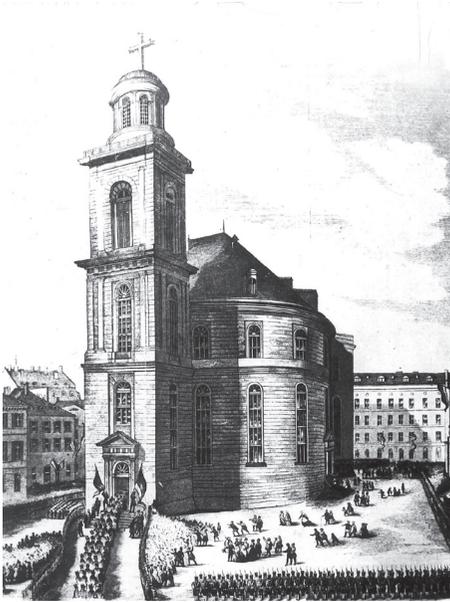
Andreas Dickerboom

»Es muss das Ziel sein, Demokratie als Praxis erlebbar zu machen: als konstruktiven Streit, aber auch als Ringen um Kompromisse.«

Für die Vereinigung »Gegen Vergessen – Für Demokratie« gehören die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus und der SED-Diktatur wie auch das Eintreten für unsere Demokratie untrennbar zusammen. Hier gilt es jedoch, auch positive Traditionen der Demokratiegeschichte in den Blick zu nehmen. Das alles geschieht im Bewusstsein, dass diese positiven Momente immer auch Brüche und Untiefen aufwiesen und sich oftmals allzu schnell ins Gegenteil verkehrten. Die Geschichten von Demokratinnen und Demokraten auf unserem Blog demokratiegeschichten.de erzählen davon. Dennoch darf unsere Geschichte nicht allein vor der Folie der Diktaturerfahrungen geschrieben werden. Wer die Weimarer Republik oder auch die Ereignisse von 1848/49 nur vor dem Hintergrund ihres Scheiterns betrachtet, verkennt die Leistungen der Vielen, die sich für demokratische Grundrechte eingesetzt haben. So wird beispielsweise die Weimarer Republik zu Unrecht noch immer als »Demokratie ohne Demokraten« verkürzt.

»Gegen Vergessen – Für Demokratie« ist maßgeblicher Akteur der »Arbeitsgemeinschaft Orte der Demokratiegeschichte« mit mittlerweile über 60 Mitgliedern bundesweit. Ziel ist eine verbesserte Wahrnehmung unserer Demokratie- und Freiheitsgeschichte. Natürlich besitzt die Frankfurter Paulskirche eine herausragende Stellung; dennoch wird es in den nächsten Jahren darum gehen, mit dem geplanten Demokratiezentrum in Frankfurt nicht den einen großen Leuchtturm zu schaffen, sondern auch in die Fläche zu wirken. Dies sei an einem Beispiel verdeutlicht: Der Aufstand vom 17. Juni 1953 fand nicht nur in Ostberlin statt, sondern an hunderten Orten der DDR. Hier reden wir also über viele kleine Orte der Demokratiegeschichte!

Wir müssen das eine tun, ohne das andere zu lassen. Ein Demokratiezentrum in Frankfurt in unmittelbarer Nähe zur Paulskirche ist somit unbedingt zu begrüßen. Es bleibt zu hoffen, dass ein solches »Haus der Demokratie« nicht versucht, was unmöglich ist, nämlich Demokratie museal auszustellen. Die wichtigste Erkenntnis der Auseinandersetzung mit Demokratiegeschichte für unsere Vereinigung erscheint banal, und ist doch so essenziell: Demokratie ist nichts Selbstver-



Einzug in die Paulskirche anlässlich der Eröffnung der Nationalversammlung, 18. Mai 1848. Quelle: AdsD, Rechte: Gemeinfrei.

ständliches, sondern sie muss immer wieder erkämpft und neu ausgehandelt werden. Demokratie ist ein fluid-der Prozess, in ständiger Reflexion zu dem, was die Bürger_innen darunter verstehen.

Natürlich gehört zur Paulskirche eine historische Einordnung: von der Französischen Revolution, von (außer-)europäischen Freiheitsbewegungen über den Vormärz bis zu den Ereignissen 1848/49 mit dem Sieg der Konterrevolution. Und es gehören auch weitere wichtige Eckpunkte unserer Demokratiegeschichte in ein solches Haus, von der Revolution 1918/19 und der Weimarer Republik über die Entwicklung des Grundgesetzes bis hin zur friedlichen

Revolution von 1989. Aber vor allem muss das Ziel sein, Demokratie als Praxis erlebbar zu machen: als konstruktiven Streit, aber auch als Ringen um Kompromisse. Es muss Raum geschaffen werden, um unter anderem über folgende Fragen zu diskutieren:

- In welcher Gesellschaft wollen wir leben?
- Wer hat überhaupt Zugang zu den Errungenschaften unserer Demokratie und wer nicht?
- Welche Gruppen sind unterrepräsentiert?
- Sind die Sichtweisen einer Migrationsgesellschaft ausreichend berücksichtigt?
Wer erzählt hier eigentlich über wen?

Den richtigen Ansatz zur Beantwortung dieser Fragen bietet das Frankfurter »Netzwerk Paulskirche«, in dem vor allem zivilgesellschaftliche Vertreter_innen darüber nachdenken, wie Partizipation im Zusammenhang mit der Paulskirche

und dem angedachten Demokratiezentrum aussehen könnte. Die lesenswerte Konzeptstudie von Prof. Nicole Deitelhoff zum »Haus der Demokratie« bringt vieles davon auf den Punkt: Es wird darum gehen, Frankfurt als Ort einer lebendigen Demokratie sichtbar zu machen. Dazu zählt ein offenes Nutzungskonzept, das Demokratie aktiv und sinnlich erfahrbar macht.



Andreas Dickerboom

Engagiert sich ehrenamtlich im Verein »Gegen Vergessen – Für Demokratie« in Frankfurt am Main sowie als Vorstandsmitglied im Förderverein KZ-Katzbach/Adlerwerke. Er ist Online-Redakteur beim Hessischen Rundfunk.

Michael Küppers-Adebisi

»Einen Prozess initiieren, der inhaltlich und phänotypisch klar macht, dass die Frankfurter Geschichte eine Erfolgsgeschichte der Vielfalt ist.«

Wie lässt sich ein deutscher Gedenkort im 21. Jahrhundert gestalten? Ist das überhaupt möglich und welche neuen Perspektiven können dabei helfen?

Die Bundesrepublik als Staatsgebilde befindet sich, genau wie die Bundesländer, gegenwärtig mit ihrer kulturellen Verortung in der prekären Lage, die kolonialen Spuren ihrer Gründungsnarrative allzu lange nicht aufgearbeitet zu haben. Von diesen nicht gemachten Hausaufgaben zeugen auch die Diskurse um das aktuell teuerste scheiternde Kulturprojekt Deutschlands, das gerade in Berlin eröffnete Humboldt Forum – genauso wie die Aushandlungen um die Anerkennung des Völkermordes in Namibia oder um die deutschlandweite Debatte zur Rückgabe von Sammlungsgut in Museen, das aus Unrechtssituationen kommt. Dies reicht hin bis zur dekolonialen Neukalibrierung von Diskursen um Klimagerechtigkeit. Abgesehen davon, dass all diese Diskurse Ausdruck einer notwendigen ethischen Neuausrichtung der Menschheitswerte im 21. Jahrhundert sind, haben sie in einer positiven Betrachtung weitere Konsequenzen; diese lauten: Power-Sharing und Ressourcen-Sharing. Auf beides möchte ich im Kontext der Paulskirche Frankfurt für den Bereich Praxis kurz eingehen.

Das demokratische Selbstverständnis erfordert, dass Partizipationsbarrieren abgebaut werden, um die Reichhaltigkeit von Vielfalt als Ressource zu aktivieren. Dazu gehört die aktive Ansprache von Communities, die bisher nicht Teil sind. Sehr einprägsam deutlich wurde dies bei der Podiumsdiskussion, an der ich teilnehmen durfte. Während alle Speaker_innen Vielfalt und Diversität einforderten, wurde bei einer kurzen Abfrage der Anwesenden schnell klar, dass das Publikum der Veranstaltung nicht divers aufgestellt war. Auch wenn phänotypische Betrachtungen nicht wirksam sind, so waren Corona und Social Distancing wahrscheinlich nicht der ausschlaggebende Grund dafür, dass die Vielfalt – beispielsweise des Frankfurter Hauptbahnhofs – sich in den Netzwerken derjenigen nicht abbildet, die zu der Veranstaltung eingeladen hatten.

Soll die Frankfurter Paulskirche aber zu einem herausragenden Ort der deutschen Demokratiegeschichte werden, dann muss ein Prozess initiiert werden, der in-

haltlich und phänotypisch klar macht, dass die Frankfurter Geschichte eine Erfolgsgeschichte der Vielfalt ist – und das nicht nur Top-Bottom in den Narrativen («wir wollen, wir wünschen»), sondern vor allem in Einbeziehung der Menschen, die hier leben.

Diese Art Power-Sharing bedingt auch ganz automatisch eine Verschiebung in den inhaltlichen Perspektiven. Sie durchbricht tradierte Denkhorizonte und ermöglicht neue Fragestellungen an die Demokratiegeschichte, indem Interdependenzen, Synergien oder Unterschiede von Demokratie- und Emanzipationsbewegungen in der Welt ins Blickfeld geraten. Wie kurz oder wie lange nach der Revolution in Haiti fand die Versammlung in der Paulskirche statt? Eine solche Neuperspektivierung öffnet auch die Sicht auf bislang viel zu wenig beachtete, inhärente Widersprüche und schützt vor einer undifferenzierten historischen Betrachtung und Bewertung. Wie verhält sich der Zusammentritt des Paulskirchenparlaments zum offiziellen Einstieg Deutschlands in den Kolonialismus oder zu den dreißig Jahre später ebenfalls in Frankfurt durchgeführten »Völkerschauen«? Welche Schlüsse lassen sich daraus ziehen?

Also ja, natürlich lässt sich ein deutscher Gedenkort im 21. Jahrhundert in der Paulskirche in Frankfurt gestalten! Aber dafür muss abgegeben werden. Dafür muss Shared Heritage mit praktischen Inhalten von den Menschen gefüllt werden, deren Share bisher weit hinter den statistischen Werten ihrer Anwesenheiten zurückfällt und deren Zugänge, Inhalte und Formate nicht die der Mainstream-Gesellschaft sind. Und dafür muss zuvorderst akzeptiert werden, dass Vielfalt bisher immer noch als Randkategorie gedacht wird – eine Kategorie, die nicht nur global, sondern auch in »deutschen« Diskursen ins Zentrum gehört! Die Frankfurter Paulskirche braucht, genau wie das Humboldt-Forum, ein klares antirassistisches und dekoloniales Bekenntnis zum Diversity-Mainstreaming. Sonst wird das Neue ganz, ganz schnell wieder das Alte.



Michael Küppers-Adebisi

Poet, Autor, Publizist, Kurator, Multimedia- und Performance-Künstler. Er konzipiert kulturelle Bildungs- und Wissenstransferplattformen in Kooperation mit Institutionen wie der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Goethe-Institut, der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Haus der Kulturen der Welt. Seit 2012 kuratiert er die Black Berlin Biennale for Contemporary Art & Decolonial Discourse, die seit 2016 offizielles Projekt der UN Dekade for People of African Descent ist. Seit 2019 ist er für AFROTAK TV cyber-Nomads als Gründungsvorstand für Decolonize Berlin e. V. aktiv.

Paula Macedo Weiß

»Das Netzwerk Paulskirche hat den Anspruch, den demokratischen Prozess zu stimulieren, zur Teilhabe anzuregen und für ein Gefühl der demokratischen Verantwortung aller Bürgerinnen und Bürger zu motivieren.«

Anlässlich des hundertsten Geburtstags von Joseph Beuys lohnt es sich, an seine Maxime zu erinnern: Jeder Mensch ist ein Künstler. Beuys war der Meinung, dass jeder Einzelne nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Pflicht hat, die Gesellschaft mit seiner Kreativität zu verändern, indem er die »soziale Plastik« mitgestaltet. Leider ist es nicht überall möglich, sich an der gesellschaftlichen Gestaltung, insbesondere an der Gestaltung der Demokratie, zu beteiligen. Gegenwärtig sehen sich Aktivistinnen und Aktivisten, die sich in vielen Ländern der Welt für die Etablierung, Sicherung oder Weiterentwicklung der Gesellschaft und der Demokratie einsetzen, enormen Repressionen ausgesetzt. Nicht selten ist sogar die Meinung zu vernehmen, dass es sich bei ihnen um radikale Menschen handle, deren Handeln zur Veränderung und Verbesserung der Gesellschaft abwertend zu beurteilen sei, ausgenommen vielleicht die Klimaaktivisten in Europa. Insbesondere in dieser Zeit so antagonistischer politischer Meinungen sind Aktivistinnen und Aktivisten vielerorts in Gefahr. Das ist nicht im Sinn einer demokratischen, partizipativen Gesellschaft.

Wir sehnen uns dennoch nach einer inklusiveren, direkteren und wirklich repräsentativen politischen Praxis. Wäre dieser Aktivismus nicht eine legitime Haltung, eine Aufgabe, die mit der Ausübung der vollen Staatsbürgerschaft in einer Demokratie einhergeht? Demokratie als Lebensform, in der wir als Bürger_innen das Gemeinwohl erleben und gestalten können? Es wird von einer weltweiten Krise der Demokratie gesprochen. In einer Umfrage hier in Deutschland gibt eine große Mehrheit an, dass sie theoretisch an die Demokratie als bestes politisches System glaubt, aber ein viel kleinerer Prozentsatz sieht ihre Versprechen in der Praxis verwirklicht. Die repräsentative Demokratie als ein Regime für alle und durch alle erfüllt ihre Versprechen nicht. Dies zersetzt das System von innen heraus. Der Wunsch nach Veränderung manifestiert sich an vielen Orten der Welt und es besteht die dringende Notwendigkeit, über Formen demokratischer Inno-

vationen, direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung nachzudenken, ohne das repräsentative System als Grundlage zu schwächen. Ich glaube, wie Beuys, dass wir aktiv an der Konstruktion des kollektiven Gutes mitwirken können und sollten. Der Kampf ist täglich und dauerhaft; das Neue entsteht nicht aus dem Nichts. Ohne mich einer genaueren Betrachtung entziehen zu wollen, setze ich auf die universelle und unbestreitbare Gültigkeit dieses Aphorismus: Die Macht liegt in unseren Händen. Die Erweiterung des individuellen Bewusstseins formt das kollektive Bewusstsein. Und in diesem Bewusstsein wollen wir, die Mitgründerinnen und Mitbegründer des »Netzwerks Paulskirche – Demokratie im Kommen«, durch unterschiedliche multiperspektivische und interdisziplinäre Aktivitäten Impulse für die Diskussion über Demokratie und longa manus zur Gestaltung des Hauses der Demokratie in die Welt senden. Unser Netzwerk nimmt das 175. Jubiläum der Paulskirchenversammlung zum Anlass, Demokratie prozesshaft neu zu denken. Es hat den Anspruch, den demokratischen Prozess zu stimulieren, zur Teilhabe anzuregen und für ein Gefühl der demokratischen Verantwortung aller Bürgerinnen und Bürger zu motivieren. Dennoch kann die Frage einer gelebten demokratischen Praxis in einer globalen Welt nicht nur lokal betrachtet und behandelt werden. Als Netzwerk Paulskirche wollen wir auch diese Interdependenzen zwischen lokalen und globalen demokratischen Erfahrungen anschaulich machen und voneinander lernen.



Dr. Paula Macedo Weiß

Präsidentin der Stiftung Museum Angewandte Kunst und Mitgründerin des Netzwerks Paulskirche. Zuvor in der Kanzlei Gleiss Lutz in Frankfurt am Main als Rechtsanwältin tätig. Heute widmet sie sich vor allem der Förderung von Kulturprojekten zwischen ihrem Heimatland Brasilien und Deutschland und engagiert sich in zahlreichen Kulturinstitutionen in beiden Ländern.



BEITRÄGE AUS DEM ARCHIV
DER SOZIALEN DEMOKRATIE
HEFT 14

Friedrich-Ebert-Stiftung
Archiv der sozialen Demokratie

ISBN 978-3-98628-067-3
ISSN 1431-6080